

# Mit Ärzten Stripklubs besucht

Im Diskriminierungsprozess gegen Novartis fahren Anwälte der Klägerinnen schweres Geschütz auf

VON MARTIN SUTER  
(TEXT UND FOTO)

**NEW YORK** «Ich war emotionell am Ende», erzählt Holly Waters. «Ich dachte: Mein Gott, ich werde ein Baby kriegen, und wir haben kein Geld!» Beim Gedanken an ihre unvermittelte Kündigung durch Novartis gerät die 39-jährige Medikamentenvertreterin noch heute ins Schluchzen. Waters war siebeneinhalb Monate schwanger, als sie am 22. November 2004 in einer Hotellobby gefeuert wurde. «Als werdende Mutter hätte ich glücklich sein sollen», sagte sie am Donnerstag im Zeugenstand des US-Bundesgerichts in New York, «aber es wurde die schlimmste Zeit meines Lebens.»

Die Arzneivertreterin ist eine von vierzehn Frauen, die für 5600 frühere und aktuelle Mitarbeiterinnen vor Gericht gegen den US-Ableger des Basler Pharmakonzerns aussagen. Novartis Pharmaceuticals zahle Frauen niedrigere Löhne als ihren Kollegen, behindere ihren Aufstieg, behandle schwangere Frauen schlecht und lasse frauenfeindliches Verhalten zu. Die Klägerinnen fordern in ihrer Sammelklage eine Entschädigung von mindestens 200 Millionen Dollar.

**Manager forderte Frauen auf, sich auf seinen Schoss zu setzen**

Zum jetzigen Halbzeitpunkt des Prozesses charakterisiert der Klägeranwalt David Sanford den Verlauf als «extrem gut». Sanford hofft, die Präsentation seiner Seite morgen Montag zum Abschluss bringen zu können. Anschließend wird die Verteidigung Entlastungszeuginnen vorführen, die das Unternehmen als vorbildhaft frauenfreundlich schildern sollen. Die von Richard Schnadig angeführten Verteidiger gaben sich gegenüber der SonntagsZeitung optimistisch, dass sie eine Mehrheit der zehnköpfigen Jury von der Unschuld der Firma überzeugen können.

Die Geschworenen, ethnisch vielfältig zusammengesetzt aus sechs Frauen und vier Männern unterschiedlichen Alters, liessen sich während der Zeugenbefragungen keine Regung anmerken. Sie erhalten im Zug des Prozesses einen Einblick in den anstrengenden Job von Medikamenten-



Die Hauptzeugin: Holly Waters klagt wegen Benachteiligung von Schwangeren und Frauenfeindlichkeit

vertreterinnen, die mit dem Firmenauto täglich bis über zehn Arztpraxen aufsuchen, um Produkte anzupreisen und Musterpackungen sowie Info-Material zu hinterlassen.

Über die Besuche und ihren Absatz Erfolg wird genau Buch geführt, und Holly Waters' Zahlen siedelten sie im oberen Achtel an. Waters erzählte, das Verhältnis zu ihrem Vorgesetzten habe sich ge-

trübt, als sie schwanger wurde und unter schlimmer Morgenübelkeit zu leiden begann. Den Manager habe verärgert, dass sie ihn an insgesamt vier Krankheits-tagen per E-Mail und nicht mit

einem Telefonanruf von ihrer Abwesenheit unterrichtet habe. «Mir ist egal, ob du dir den Magen auskotzt, du musst mich anrufen!», habe er geschrien. Jessica Borsa, eine andere Ärztebesucherin, musste einen offensichtlichen Frauenhasser ertragen, der unflätige Witze riss, sexistische Bemerkungen machte und Frauen aufforderte, sich auf seinen Schoss zu setzen. An den Tagen zuvor hatte eine Klägerin erzählt, dass Kollegen mit Ärzten Stripklubs besuchten, und eine andere, dass sie die Avancen eines lüsternen Arztes aushalten musste, weil dieser ein guter Kunde gewesen sei.

**«Anrufe von Frauen aus der Schweiz, die um Hilfe bitten»**

Im Kreuzverhör versuchten die Novartis-Verteidiger, die Glaubwürdigkeit der Klägerinnen anzukratzen. Im Fall Waters unterstrichen sie angeblich unklare Einträge in ihrem Logbuch, im Fall Borsa die Tatsache, dass sich ihr Erfolgsausweis verschlechtert habe. Klägeranwalt Sanford sieht dagegen eine Kultur der Diskriminierung am Werk. Er habe genügend Beweismaterial gesammelt, um ein «systemisches» Problem nachzuweisen. So sei eine von Novartis beauftragte Beraterfirma in einer Fokusstudie schon 2002 zum Schluss gekommen, es herrsche das Denken eines Altherrenklubs vor. Das Unternehmen lasse zu, dass seine Manager zu viel Macht über die Vertreterinnen ausübten und interne Richtlinien ungestraft missachten könnten.

In Sanfords Augen handelt es sich um eine von der Basler Zentrale ausgehende Konzernkultur. «Ich erhalte ständig Anrufe von Frauen aus der Schweiz, die um Hilfe bitten», behauptet er.

Sanfords Vorwurf wird in Basel nicht gern gehört werden, wo man gern auf die fortschrittlichen Leitlinien des Konzerns verweist. Die Anwälte in New York betonen denn auch, die Klage betreffe bloss die US-Filiale von Novartis – und sei auch dort grundlos. «Jedes Unternehmen hat ein paar Knilche», räumte Schnadig in seinem Eröffnungsplädoyer ein. «Wir sagen nicht, wir seien perfekt. Aber wir behaupten, dass wir unsere Leute gleich behandeln, ein Gespür für Probleme haben und unser Bestes geben.»

## Standesregeln für Kassen

Quersubventionen ab 2012 stoppen

**SOLOTHURN** Am Donnerstag wollen die Krankenkassen Nägel mit Köpfen machen. Der Verwaltungsrat des Kassenverbandes Santésuisse verpasst sich Standesregeln. Diese sollen im Abwehrkampf gegen die Einheitskasse helfen. Am Freitag soll die Öffentlichkeit informiert werden. Die wesentlichen Punkte sind:

► **Quersubventionen:** Die Kassen verzichten ab 2012 freiwillig auf Quersubventionen. Auch fordern sie eine Gesetzesänderung, die Querfinanzierungen untersagt.

► **Risikoausgleich:** Die Ausgleichszahlungen zwischen den Kassen sollen per 2012 verfeinert werden und neu auch die Schwere einer Krankheit berücksichtigen.

► **Verwaltungskosten:** Die Kassen verzichten ab 2011 freiwillig, Provisionen, Courtagen und Telefonwerbung aus der Grundversicherung zu bezahlen. Sie fordern zudem eine entsprechende Verordnungsänderung. Sparpotenzial in der Grundversicherung: 400 Millionen Franken.

► **Kostensenkungsmassnahmen:** Santésuisse fordert Gesundheitsminister Didier Burkhalter und die Politik auf, die jährlich steigenden Kosten von 5 Prozent auf 2 bis 3 Prozent zu halbieren, und wiederholt bereits letztes Jahr gemachte Sparvorschläge. Denn die Finanzsituation der Kassen ist



Gesundheitsminister Burkhalter

prekärer denn je. Die Reservequoten sind weiter gesunken und erreichen teilweise das gesetzliche Minimum nicht mehr. Laut Experten ist 2010 in der Grundversicherung mit einem Finanzloch von 600 Millionen Franken zu rechnen.

Der Inhalt der Standesregeln basiert auf einem Papier, das die Kassen Concordia, Swica und Visana im März zur Diskussion brachten, bisher hat das Papier lediglich konsultativen Charakter, nun soll es verbindlich werden.

BENITA VOGEL

## Internationalen Privatschulen gehen die Lehrer aus

Bund hat die Kontingente für Nicht-EU-Arbeitskräfte halbiert – Schuldirektoren schlagen Alarm: «Das schadet auch der Schweizer Wirtschaft»

**ZÜRICH** Peter Mott ist besorgt. Der Direktor der Zurich International School mit 1300 Schülern weiss nicht, ob er für das nächste Schuljahr genügend Lehrer hat. Die Verträge mit dem neuen Personal sind zwar unterschrieben, doch die Arbeitsbewilligungen für 15 Lehrer aus Übersee hat er noch nicht erhalten. «Das Zürcher Amt für Wirtschaft und Arbeit sagte uns, dass nicht allen von den internationalen Schulen eingereichten Gesuchen entsprochen werden kann», sagt Mott. Es sei mit Ablehnungen zu rechnen. «Das wäre eine Katastrophe», sagt Mott.

Wie Mott sitzen auch die Direktoren einer Reihe Zürcher und Westschweizer Internationaler

Schulen wie auf Nadeln. Dominic Currer der International School of Zug and Lucerne beispielsweise wartet auf sieben Arbeitsbewilligungen für das neue Schuljahr. «Wir riskieren, im August ohne Lehrer dazustehen», sagt Currer.

**«Arbeitsmarkt in anglophonen EU-Ländern ist ausgetrocknet»**

Insgesamt fehlen den Schulen Dutzende von Bewilligungen. Grund dafür sind die eingeschränkten Arbeitsbewilligungen für nicht EU-Bürger, über welche sich auch schon internationale Konzerne beschwert haben. Anstatt 4000 gab der Bundesrat für 2010 nur 2000 Aufenthaltsbewilligungen frei. Bei den Kurzaufent-

haltsbewilligungen wurde die Zahl von 7000 auf 3500 limitiert. Kantone wie Zürich, Waadt, Genf, Zug haben die ihnen zugeteilten Kontingente teilweise schon für beide Bewilligungs-Arten aufgebraucht. In der Waadt gibt es schon seit Februar keine B-Bewilligungen mehr für Arbeitskräfte aus Ländern wie den USA, Kanada oder Australien. Auf Personal aus genau diesen Ländern sind die internationalen Schulen, an denen Muttersprache Englisch für Lehrer Pflicht ist, aber genau angewiesen. «Der Arbeitsmarkt in den anglophonen EU-Ländern ist ausgetrocknet», sagt Mott.

Vor allem Kindergartenpersonal und Lehrer für Naturwissen-

schaften seien schwierig zu finden. Die Rekrutierung in Übersee sei eine Qualitätsfrage. «Es ist quasi unmöglich, in Grossbritannien einen Top-Chemie- oder Physiklehrer auf Highschool-Stufe zu finden», sagt Currer. Oft sei man gezwungen, Bewerber zweiter Wahl zu nehmen, erklärt Michael Matthews, Direktor der International Community School Zumikon. «Stimmt die Qualität nicht, riskieren wir, Schüler zu verlieren.» Schlechtere internationale Schulen würden der auf Einwanderung angewiesenen Schweizer Wirtschaft schaden, argumentiert Mott.

Er hat Bundespräsidentin Leuthard deshalb vor zehn Tagen einen Brief geschrieben. Sie soll sich da-

für einsetzen, dass die Restriktionen aufgehoben werden. Auch andere Schulen wie die Brillantmont International School in Lausanne oder die Leysin American School haben sich politische Hilfe geholt.

**«Nötig ist ein neuer Prozess der Bewilligungsvergabe»**

Der Verband Swisslearning hat letzte Woche eine Arbeitsgruppe unter der Führung des Genfer FDP-Nationalrats Christian Lüscher gebildet. Er soll auch in Bern intervenieren.

Dort scheint man unterdessen ob der vielen Reklamationen wegen der beschränkten Bewilligungen zu reagieren. Das Geschäft zur Freigabe der anderen Hälfte

des Bewilligungskontingents ist im Bundesamt für Migration in Vorbereitung. Das Geschäft komme in den nächsten Wochen in den Bundesrat, sagt eine Sprecherin. Ob diese Hälfte aber ausreicht, den Bedarf zu decken, wird bezweifelt. «Die geplante Aufstockung auf das Niveau des letzten Jahres ist nur eine kurzfristige Lösung», sagt Martin Naville, CEO der Swiss-American Chamber of Commerce. Das sei ein Tropfen auf den heissen Stein. «Nötig ist ein neuer Prozess, wie die Bewilligungen vergeben werden», so Naville. «Die Unternehmen müssen langfristig planen können, wer, wann für sie im Einsatz ist.»

BENITA VOGEL